

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Es ist nun mehr als vier Monate her, dass ich Sie um eine Auskunft gebeten habe. Wie Sie unten sehen können, hatte ich sie vor ca. zwei Monaten noch einmal mit der Bitte angeschrieben, dass mir diese Antwort wichtig sei.

Auch, wenn sie auf ihrer Homepage um Verständnis bitten, dass nicht jede Anfrage zeitnah beantwortet werden kann, halte ich als ehemaliger Bundesbeamter den Zeitraum von mehr als vier Monaten für ausreichend, zumindest eine Eingangsbestätigung zu versenden. Da dies bis heute nicht geschehen ist, kann ich nur davon ausgehen, dass sie diese Frage nicht beantworten wollen. Ich kann daraus nur den Schluss ziehen, dass Kritik am Staat Israel anscheinend immer antisemitisch sein muss. Dann frage ich mich allerdings, ob ein Staat, demgegenüber uns Deutschen eine besondere Verantwortung obliegt, tun und lassen kann, was er will?

Ich sehe das nicht so und denke, Unrecht muss auch Unrecht genannt werden dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Opladen

Von: josef.opladen@web.de-mail.de
Gesendet: Montag, 02. August 2021 22:38
Versandart: De-Mail-Standard
An: poststelle@bpra.de-mail.de
Betreff: FW: Anfrage zu korrekter Israel-Kritik

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Walter Steinmeier,

vor gut zwei Monaten habe ich die unten anhängende Frage mit der Bitte um eine Beantwortung an Sie versandt. Nur für den Fall, dass meine Anfrage untergegangen sein sollte, möchte ich noch einmal darum bitten, diese Frage zu beantworten.

Vielleicht mag ihnen die Frage abstrus vorkommen, ich kann Ihnen aber versichern, dass mir dieses Thema ernst ist und ich es für sehr wichtig erachte! Es geht darum, wie wir in einem demokratischen Rechtsstaat mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung auch im Hinblick auf das besondere Verhältnis zu jüdischen Menschen umgehen.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Opladen

Von: josef.opladen@web.de-mail.de
Gesendet: Mittwoch, 26. Mai 2021 01:05
Versandart: De-Mail-Standard
An: poststelle@bpra.de-mail.de
Betreff: Anfrage zu korrekter Israel-Kritik

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

ich wende mich an Sie, weil ich sehr verunsichert bin, wie ich Kritik an der Vorgehensweise des Staates Israel in Bezug auf die palästinensischen Gebiete und Jerusalem äußern kann, ohne sofort in den Verdacht des Antisemitismus zu kommen.

Nur zur Klarstellung: ich kenne weder Menschen jüdischen Glaubens persönlich, noch habe ich etwas gegen sie! Genauso wenig kenne ich persönlich palästinensische Menschen.

Trotzdem empfinde ich eine sehr große Ungleichheit zwischen den beiden Parteien im Nahostkonflikt, die sich durch einen hochgerüsteten israelischen Staat und einem ökonomisch am Boden liegenden Palästinensergebiet aufdrängt. Hier kommt mir der biblische Begriff von David und Goliath in den Sinn.

Meine Frage also: wie ist es möglich, berechtigte Kritik an einer unverhältnismäßigen Vorgehensweise des israelischen Staates zu üben?

Für eine Antwort wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Opladen
Stammheimer Straße 59
51061 Köln